

**Vorstand des Integrationsrates**

E-Mail [integrationsrat@stadt.leverkusen.de](mailto:integrationsrat@stadt.leverkusen.de)

☎ 0214/406-3366

☎ 0214/406-3368

Leverkusen, 28.02.2022

Sehr geehrte Frau Ministerin Baerbock,

der Integrationsrat der Stadt Leverkusen als politische Vertretung von rund 14.000 Leverkusenerinnen und Leverkusenern aus über 140 Ländern beobachtet mit großer Sorge, wie weltweit versucht wird, Konflikte durch Gewalt und Krieg zu lösen. Wir sagen Nein zu Krieg und Gewalt weltweit, weil wir alle wissen: Krieg löst kein Problem, er ist immer Teil des Problems.

Gewaltsame Konflikte und Krieg machen ein normales Leben unmöglich und führen zu Verletzungen und Tod, Armut und Hunger. Die Lebensgrundlagen der Menschen werden durch Krieg und Gewalt zerstört, Felder können nicht mehr bestellt werden, Arbeitsplätze werden zerstört, Lebensmittel werden knapp, Preise steigen. All dies treibt die betroffenen Menschen zu lebensgefährlicher Flucht und Exil, die selten glücklich enden.

Aus aktuellem Anlass möchten wir Sie auf die unmenschliche Vorgehensweise und Behandlung von afrikanischen Bürgerinnen und Bürgern, die aus der Ukraine fliehen müssen, hinweisen. Wir bitten gleichzeitig um schnelle Abhilfe. In der Ukraine leben nicht nur Menschen, die auch dort geboren sind. Über das ganze Land verteilt leben auch Tausende Studenten aus afrikanischen Staaten, wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet. Die meisten von ihnen kommen aus Marokko, Ägypten, Ghana und Nigeria. Sie studieren Medizin oder Ingenieurwissenschaften. Die Ukraine wählten sie, weil viele Universitäten tatsächlich einen guten Ruf haben, aber auch, weil die Lebenshaltungskosten günstiger sind als in Westeuropa.

Auch sie haben nun Angst vor den russischen Angriffen – und auch sie versuchen, das Land zu verlassen. Doch eine Flucht per Flugzeug in die Heimat ist längst unmöglich geworden. Bereits im Verlauf des Donnerstags kam der zivile Flugverkehr in dem vom Krieg gebeutelten Land zum Erliegen.

„Viele Afrikaner sind bis zu 25 Kilometer zu Fuß gegangen, um nach Polen zu kommen. Doch trotz stundenlanger Wanderung verweigerte Polen ihnen die Einreise.“ Diese Diskriminierung muss sofort aufhören!

Wir appellieren daher an der Bundesregierung, so schnell wie möglich zu reagieren und die polnische Regierung deutlich auf ihre Verantwortung und Pflicht zur Hilfe hinzuweisen. Die Genfer UN-Flüchtlingskonvention verbietet dieses diskriminierende und gerade in der jetzigen Situation unmenschliche Verhalten, das durch nichts zu rechtfertigen ist.

Für weitere Fragen stehe ich Ihnen gerne zu Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Sam Kofi Nyantakyi

Vorsitzender